



## Warum widerstehen?

### Konfliktarbeit in Zeiten von Unordnung und Verwirrung

Im Jahre 1970 hat der US-Historiker Howard Zinn eine Rede gehalten, die sich mit zivilem Ungehorsam beschäftigte und in der Erkenntnis gipfelte: »Unser Problem ist nicht der zivile Ungehorsam. Unser Problem ist der zivile Gehorsam ... Unser Problem ist, dass die Menschen gehorsam sind, während ... die größten Verbrecher die Staatsgeschäfte führen.« Dahinter, so Zinn, stehe die Überzeugung, dass es nun wirklich viele gute Gründe gebe, den aktuellen Zustand der Welt und seine Desaster und Katastrophen nicht länger hinzunehmen.

Der Pariser Philosophieprofessor Frédéric Gros, der als Herausgeber der Werke Michel Foucaults international geschätzt wird, ergänzt in seinem neuen Buch *Ungehorsam* (Passagen, Wien 2022): »In einer Welt, in der Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung ein unerträgliches Ausmaß erreicht haben, in der autokratische Regierungen Menschen unterdrücken und rücksichtslos Kriege führen, um ihre Interessen durchzusetzen, wird Widerstand zur dringenden Notwendigkeit.«

Ja, ja, Widerstand sucht sehr häufig das große Begründungsbesteck im übergeordneten Notwendigen. Aktivisten kleben sich gegen die glo-

bale Klima- und Umweltkrise fest. Bürger protestieren gegen eine unkontrollierte Überwachung im öffentlichen Raum. Rassismus und Staatsgewalt in den Vorstädten beleben den Mob. Heizungsdebatte demoliert grünes Image. Ein Blick hinüber nach Paris genügt: Während im Vorort Nanterre wochenlang der Banlieue-Furor wütet, herrscht im daneben liegenden Saint-Cloud großbürgerliche Stille und Stillstand. Gegensätzlicher können Stadtsignaturen nicht sein. In Nanterre die Postmigranten in einem für sie feindlichen Land. In Saint-Cloud um die Ecke die »weißen, echten« Franzosen, die für den Täter spenden und lieber unter sich bleiben.

Beide Gruppen dort, aber nicht nur dort, Randalierer und Feudalbürger, haben ihre je eigenen Ansprüche und Forderungen an Staat und Staatsgewalt. Beide verteidigen spezifische Begründungslogiken, warum, wann und wie sich Rebellion und Tumult ausprägen dürfen. Und viele stellen sich, ob Paris oder andernorts, die Masterfrage: »Wann kommt der Ausnahmezustand?« Carl Schmitt würde durchdrehen.

Der folgende Text will den Panikregler etwas herunterfahren und Orientierung stiften. Andere Fragen stellen. In welchen Aktionsflächen agieren die Widerstehenden heute? Welche rationale und emotionale Eigenlogik prägt ihren Diskurs? Es geht in diesem Essay um semantische Aufladung, es geht um Räume und Grenzen politischer Macht und Ohnmacht. Es geht um Aktionsflächen des Protestierens, des Widerstehens und Kritisierens. Es geht um gesellschaftliche Streitkultur in aufbrausender Unordnung und Unübersichtlichkeit, die nach Differenzierung, Einordnung und Übersicht strebt.

## **Aktionsfläche 1: Streiken**

Fangen wir, was die Protestintensität betrifft, moderat an. Streiken für eine bessere Welt, für Klimaschutz und Menschenrechte? Oder streiken für meine bessere Welt, für mehr Geld und Urlaub? Immer wieder streiken Menschen in Deutschland auf Basis einer subjektiven Dring-

lichkeit. Die Streikenden tun, was ihr gutes Recht ist. Sie zeigen aktiven Ungehorsam, ohne sanktioniert werden zu können, und das ist in unserem Zusammenhang wichtig. Sie können es, weil diese Form von Ungehorsam möglich ist. Sie können es, weil er zugelassen wird. Keiner kann die Streikenden demütigen, entlassen oder ausschließen. Der Rest der Gesellschaft – von Arbeitgebern, über die Bürger bis zu den Bahnreisenden – muss ertragen, dass die Streikenden sich zusammensetzen und wenigstens einen oder mehrere Tage ungehorsam sind. Und wir alle müssen aushalten, dass sich an diesen Tagen so etwas wie eine andere Objektivität des Wir bilden kann. Festgeklammert an dünnen Transparentstangen. Trillerpfeifend.

Die Streikenden erzeugen in ihrer Machtdemonstration kurzfristig eine objektive Beständigkeit, die jenseits des sonstig konformistischen Gehorsams nach Höherem strebt: Man will sich durchzusetzen, will mehr Geld, mehr Urlaub, weniger Arbeit. Der Einzelne fühlt sich in der protestierenden Gemeinschaft gesehen, gewürdigt und anerkannt. Hier kann ich sein, was ich im anderen Leben wenig bin: ein Mächtiger, ein Herrschender, ein Normensetzer! Eventuell.

Das große Ganze, *formerly known* als Gesellschaft, lehnt sich unterdessen zurück, kalibriert die Bildschirme neu und palavert über ausgefallene Schulbusse, verstopfte Einfallstraßen und geplatze Termine. Was ist schon ein einzelner Tag im Leben? Ein Tag mit aktiven Ungehorsamisten, die kurz auf ihre Misere hinweisen, bevor sie sich wieder in die ständig bedrohte Balance aus Lebensrealität und -wünschen einreihen. *Same as it ever was!* Jetzt nur nicht nervös werden. Das legt sich wieder. Nach dem Regen kommt der Sonnenschein.

Das ist soziologisch relevant. Denn warum können wir nicht dauerhaft aktiv ungehorsam sein? Oder anders gefragt: Warum sind wir permanent eher übergehorsam? Kurz: Warum akzeptieren so viele die Welt, wie sie ist? Und was unterscheidet eigentlich den Ungehorsam dann noch vom Widerstand? Was also könnten wir Howard Zinn antworten, würde er noch leben?

## Aktionsfläche 2: Lieber nichts tun

Anschlusskommunikativ zum aktiv für seine materiellen Belange Streikenden kommt der Nichtstuer, der ebenfalls auf seine Massenwirksamkeit hofft. Diese zweite Variante des Widerstehens führt zunächst in eine gedimmte Grauzone, die der Pariser Politologe Jacques Semelin genauer beschrieben hat. Seine These: Viele Menschen haben sich in einen Nichtangriffspakt zurückgezogen. Man lebt in einer scheinbar unscheinbaren Privatwelt ohne Rebellionsdrang. Der Widerstand findet hinter den Drohkulissen statt. Mit der Losung einer Nicht-Kooperation in einer Gesellschaft, die ureigentlich einen Vertrag zwischen Gleichen und Freien anbietet. Semelin verweist darauf, wie wirkungsvoll diese verdeckteren Formen des Widerstands sein können: »langsam arbeiten, kalkulierte Nachlässigkeiten – ein systematischer Schwejkismus«. Konkret: Hier verabschiedet sich ein Teil der Bevölkerung in ein abweisendes Anpassen. Man zeigt so wenig persönlichen Einsatz wie möglich. Es ist, so schreibt Gros, »wie ein Reinigungsprozess, bei dem ich alles zu beseitigen versuche, was meinem Gehorsam einen Anflug von Zustimmung verleihen könnte.«

Liebe Leser und Leserinnen, Sie merken wahrscheinlich, wo es uns gerade hinzieht. Die Frage, »Wie kann man gehorchen, ohne zu kollaborieren?«, ist ebenso schwerwiegend wie die Frage, »Wie kann man nicht gehorchen und weiter kollaborieren?« Sicher, der Umgang mit dem aktiven Ungehorsam gehört zur Königsdisziplin in jeder Demokratie. Mit der Anschlussfrage: »Halten die, die über Macht und Ressourcen verfügen, die Kurzzeitrebellion derer aus, die mehr Lohn fordern, um, in ihren Worten, ›die Schere zwischen Arm und Reich‹ ein wenig zu schließen?« Eine grundsätzliche Abschaffung sozialer Ungleichheit fordert kaum einer von ihnen. Morgen geht's ja weiter. Schulbus fährt, Bordbistro ist geöffnet.

In beiden erwähnten Fragen bilden sich bekannte Konzepte des zivilen Ungehorsams und des zivilen Widerstands ab. Der zivile Ungehorsam kennt die aufbrausende Demonstration des objektiven Wir als

kurze rebellische Auszeit. Der zivile Widerstand weiß im Gegensatz dazu um den langen Atem des Subjekts in der verdeckten Missachtung der Regime. Hier liegt der eigentliche politische Sprengstoff. Ein eintägiger Verkehrsstreik ist eher nur eine Routineveranstaltung von »Ungehorsamisten« in Teilzeit mit gemeinsamen Vorstellungen und normierten Identitäten, die berechen- und vorhersehbar sind. Das bartlebysche »Ich möchte lieber nicht« ist womöglich Teil einer neuen Widerstandskultur. Jeden Tag. In dieser Welt tun die wirklichen Rebellen am Ende nur so, als hätten sie sich ergeben.

### **Aktionsfläche 3: Ausbrechen und Gegengewalt erzeugen**

Der Gegenpol zum Nichtstuer ist der Ausbrecher. Es kommt nämlich, und jetzt fahren wir den Widerstandsregler wieder etwas hoch, gelegentlich auch zu Ausbrüchen – willkommen im dritten Aktionsraum. Dann, wenn ein dramatischer Gewaltakt den Gehorsam zum Einsturz bringt. Jüngst geschehen in Nanterre. Ein 17-Jähriger wird bei einer Polizeikontrolle abgeknallt. Was daraufhin passiert, kann man als Aufstand, Ausbruch oder als Explosion beschreiben. Die Balance zwischen staatlicher Macht und Untertanen wird kurzfristig außer Kraft gesetzt. Das Spiel um politische Macht wird vorübergehend aus den Angeln gehoben.

Kurzer Exkurs ins Raumschiff der Analysen: Politische Macht wird in der Systemtheorie als »gesellschaftlicher Einfluss« definiert, dessen Beziehungsqualität in der »Möglichkeit von Sanktionen belohnender oder bestrafender Art« besteht. Politische Macht stützt sich, so Niklas Luhmann, insbesondere auf die Macht, negative Sanktionen aufzuruft und durchzusetzen (im Gegensatz zur Wirtschaft, die auf positive Sanktionierung setzt). Politische Macht braucht beide: den, der negativ sanktionieren kann, und den, der weiß, dass er negativ sanktioniert werden kann. Allerdings basiert politische Macht insbesondere auf der Androhung negativer Sanktionen. Sie müssen gar nicht ausgeführt

werden, um wirksam zu sein. Luhmann schreibt, dass sich »politische Macht laufend auf etwas beziehen muss, was sie nicht tun, nicht erreichen will ... Macht muss ihre Mittel zeigen, aber zugleich vermeiden, dass sie sie anzuwenden hat.«

Politische Macht lebt folglich mit dem Kommunikationsparadoxon, »ihr Drohpotential sichtbar zu machen, ohne damit zu drohen«. Aber sie folgt auch einem zweiten Paradoxon: Der Machthaber formuliert eine unangenehme Handlungsalternative (wie etwa physische Gewalt), welche die Untertanen zwar sehr wohl kennen, aber beide tun alles, um sie zu vermeiden. »Macht funktioniert nur«, so Luhmann, »wenn beide Seiten diese Vermeidungsalternative kennen und beide sie vermeiden wollen. Es funktioniert also nur auf der Basis einer Fiktion, einer nicht realisierten zweiten Realität.«

Das scheinbar Ausgeschlossene ist aber immer anwesend und hinterlässt eine Spur. Politische Macht legitimiert sich infolgedessen nur, wenn sie intersubjektiv nachvollziehbar eine Begründungslogik des Abwesenden zustande bringt. »Denn Legitimation ist nichts anderes als die Transformation des Abwesenden in die Anwesenheit von Werten und in das tagespolitische Dauergeschäft des Umgangs mit Klagen über die unzureichende Realisierung der Werte.«

Für die Mächtigen zieht dies erhebliche symbolische Anstrengungen nach sich. Polizei und Militär beispielsweise funktionieren als Machtträger am besten, wenn sie nicht gezwungen sind, aktiv zu werden. Denn damit wird der Anschein allmächtiger Durchsetzungskapazität am effektivsten gewahrt. Der politische Gegner traut sich im besten Fall nicht, eine Gegenmacht aufzubauen. Luhmann schreibt: »Unter all diesen Gesichtspunkten ist überlegene physische Gewalt das Machtmittel par excellence.«

Genau das aber ist im exzessiven Ausbruch von Bürgerprotest und -gewalt nicht mehr gewährleistet. Die Machtträger werden aktiv und schwächen sich durch jede Form der Gewaltanwendung. Es kommt zu Szenen und Ereignissen, in denen die allmächtige Durchsetzungskapazität infrage gestellt wird. Autos brennen, Bankterminals fliegen in die

Luft und Geschäfte werden geplündert. Staat und Polizei beginnen zu wanken, weil ihre Allmacht infrage gestellt wird. Im medialen Gewitter steht kurzfristig die politische Machtvereinbarung zur Disposition. Gewalt dringt ein, Haustüren springen aus den Angeln, Bettdecken wärmen nicht mehr.

Wir sind inmitten der dritten Konfrontationszone. Es ist Walter Benjamin, der den Leitbegriff der Gewalt zur Codierung politischer Macht aufs Diskurstableau hebt. Während in der Systemtheorie die symbolische Gewaltandrohung ausreicht, um politische Macht (in Form gerechter Gesetze) zu garantieren, basiert bei Benjamin jede vertragliche Rechtsbeziehung zwischen Staat und Bürger grundsätzlich auf Gewalt. Das ist neu. Demnach hat bei Vertragsbruch jeder ein Recht auf Gewalt. Gerechtigkeit, so ergänzt der französische Sozialphilosoph Jacques Derrida, basiere sogar immer auf der Gewalt des Stärkeren. Nur über die Gesetzeskraft wird sie zum Recht. Mit der Folge: Wer an der Macht ist, definiert den judikativen Raum – siehe Trumps Infiltration des Supreme Court mit willfährigen Richtern.

Die Arbeiterschaft, so Benjamin, hat ihrerseits ein Streikrecht, um neue Rechtsverhältnisse zu begründen. Besser gesagt: um Recht zu setzen. An dieser Stelle kommt es zum Machtkonflikt. Der Staat als Gewaltmonopol misstraut dem organisierten Einzelnen bei dessen Gewaltausübung. Der Staat betrachtet den Generalstreik als Missbrauch gegenüber den Rechtszwecken der Rechtsordnung. Die Arbeiterschaft wiederum legitimiert den Generalstreik als Mittel zur Verfolgung gerechter Naturzwecke und träumt vom Umsturz.

Benjamin unterscheidet hier zwischen rechtsetzender und rechterhaltender Gewalt. Die Unterordnung der Bürger unter die Gesetze ist ein rechterhaltender Zweck. Der Umsturz durch die Bürger zieht eine neue Gesetzgebung nach sich und ist damit rechtsetzend. »Alle Gewalt ist als Mittel entweder rechtsetzend oder rechterhaltend.« Das Recht des Stärkeren entscheidet darüber, wer das Recht setzt. »Rechtsetzung ist Machtsetzung und insofern ein Akt von unmittelbarer Manifestation der Gewalt.«

In dieser Denkfigur wird Macht als Hegemonialstreben von Gewalt betrachtet. Letztere ist Anfang und Ende politischer Macht. Wer sie unter Kontrolle bringt, kann den anderen durch Gewaltausübung kriminalisieren und in seinem Machtstreben nivellieren. Bei Benjamin wenden Polizei und Militär Gewalt als Mittel für Staatszwecke an. Diese Gewalt aber ist »gestaltlos«, sie kann auch überall dort eingreifen, wo keine klare Rechtslage vorliegt. Oder sie begleitet und überwacht »das von Verordnungen begleitete Leben« der Bürger.

Insofern stellt Luhmann die richtige Frage, »ob und inwieweit die Politik in der Lage ist, den Machtgebrauch politisch zu kontrollieren«. Darin liegt der Kern der Macht- und Gewaltcodierung im Sinne Benjamins und Derridas. Wer die Macht hat, kann Gewalt ausüben. Wer Gewalt ausübt, setzt das Recht. Wer das Recht setzt, hält die Gerechtigkeit aufrecht.

Wer diese Macht-Gerechtigkeits-Kaskade beherrscht, kann eine Organisation aufbauen, die in seinem Namen die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit garantiert. »Der Machthaber braucht die physische Gewalt nicht selbst auszuüben. Es muss nur plausibel sein, dass er sie durch andere (durch Diener, durch Polizei, durch Militär) ausüben lassen kann. Der Machthaber selbst kann für andere Aufgaben freigestellt werden. Er braucht nicht ständig bewaffnet herumzulaufen, um seinen Entscheidungen Nachdruck zu verleihen.«

#### **Aktionsfläche 4: Sich um andere sorgen**

Der französische Philosoph, Psychologe, Historiker und Soziologe Michel Foucault leitete von 1970 bis zu seinem Tod 1984 den Lehrstuhl für die Geschichte der Denksysteme am Collège de France in Paris. Insbesondere seine Vorlesungen zu den »Genealogien des Politischen« und zur »Geschichte der Gouvernementalität« sind für unseren Kontext substanziell, weil sie als Bindeglied zwischen überwachenden Staatsgewaltstheorien (Souveränität) und pastoralen Staatsfürsorgetheorien



(Gouvernementalität) dienen können. In diesem Sinne rekonstruiert Foucault den Erkenntnisweg, »wie der Staat ein fürsorglicher Hirte wurde«, weg vom Leviathan des Thomas Hobbes und vom Kampf um Gewalthegemonie bei Walter Benjamin (ich komme später darauf zurück). Mit Foucault wird ein weiterer Beobachtungsstandpunkt, das Gouvernement-Prinzip, sichtbar: das Gegenkonzept des »sich kümmernden, umfassend regierenden Daseinsvorsorgestaats«.

Neben der Frage nach der ökonomischen Funktionalität von Macht fragt Foucault direkt nach dem Warencharakter von Macht: »Ist die Macht etwas, das besessen, erworben und abgetreten wird, durch Vertrag oder durch Gewalt, das übertragen oder zurückgewonnen wird, zirkuliert, diese Region bewässert und jene umgeht?« Darauf gibt es zwei Antworten: erstens das System Hobbes mit der Vertragsmatrix eines gerechten Königs – »Macht-Vertrag« heißt es bei Foucault – und zweitens das System Benjamin mit der Gewinner-Verlierer-Matrix im Krieg um die Herrschaft. Was bedeuten würde, dass politische Macht in Anlehnung an Clausewitz Krieg mit anderen Mitteln als Bomben und Gefechte ist. »Wir haben also zwei Schemata für die Analyse der Macht: das Schema Vertrag-Unterjochung, das, wenn Sie so möchten, das rechtliche Schema ist, und das Schema Krieg-Unterdrückung oder Herrschaft-Unterdrückung, in welchem der zutreffende Gegensatz nicht der des Gesetzlichen und Ungesetzlichen ..., sondern der Gegensatz zwischen Kampf und Unterwerfung ist.«

In seiner Vorlesung vom 14. Januar 1976 geht Foucault noch einen Schritt weiter. Er verknüpft die Vertragsmetapher hobbesscher Prägung als Oben- / Unten-Logik (König / Gesetzgeber versus Volk / Untertan) mit der Metapher des Körpers. Der Kopf des Staates ist der Souverän, der Leviathan, eine Art künstlich hergestellter Mensch, der die anderen Körperteile zentral steuert. Demgegenüber stellt Foucault die Metapher des Netzes: »... die Macht übt sich als Netz aus, und über dieses Netz zirkulieren die Individuen nicht nur, sondern sind auch stets in der Lage, diese Macht zu erleiden und auch sie auszuüben; sie sind niemals die träge oder zustimmende Zielscheibe der Macht; sie sind

stets deren Überträger. Mit anderen Worten, die Macht geht durch die Individuen hindurch, sie wird nicht auf sie angewandt.«

Das ist neu: Der Einzelne steht der Macht nicht mehr gegenüber, sondern das Individuum mit seinen diskursiven Aktionen und Gesten ist ihre Ausprägung. Foucault verlagert Macht und Gewalt von oben nach unten, verteilt sie auf die vielen, die wiederum als Überträger fungieren. Man könnte fast sagen: Foucault wird zum systemtheoretischen Moderator, indem er die machttheoretische Zuspitzung auf den Souverän auf die Füße einer individuell-diskursiven Perspektiven-differenz der vielen stellt. Es geht ihm darum, die Macht »von den Herrschaftstechniken und -taktiken her zu analysieren«. Foucaults große Untersuchungen über psychiatrische Macht, die Sexualität der Kinder und das Strafsystem sind eindrucksvolle Beispiele dieser methodischen Denkfigur.

Der entscheidende Begriff in diesem Zusammenhang ist die Disziplinar-gewalt. Sie hat die Funktion, die Kommunikationen des Souveränitätssystems aufrechtzuerhalten. Das bedeutet im foucaultschen Sinne: Jeder Einzelne tritt seine Souveränität an den Staat ab, der seinerseits ein System von Disziplinarzwängen errichtet, das seinen Zusammenhalt sichert. Macht mäandert demzufolge »zwischen einem öffentlichen Recht der Souveränität und einer vielgestaltigen Mechanik der Disziplin«. In den Diskursen der Disziplinierung findet dann jene normative Zurichtung des Einzelnen statt, die Foucault zu dem Begriff der »Normierungsgesellschaft« führt.

## **Aktionsfläche 5: Ruhe schaffen**

Mit der zunehmenden Differenzierung von Politik und Wirtschaft in der modernen Gesellschaft muss allerdings für Ruhe und Frieden gesorgt werden, damit aus politischer Perspektive die Herrschaftsverhältnisse und das Gouvernement-Prinzip dauerhaft legitimiert und aufrechterhalten werden können. Oder wie Luhmann schreibt: »Der

Perfektionszustand aber ist: Ruhe und Frieden.« Da der Staat jedoch durch permanente Unruhe in seinen Staatsgeschäften gestört wird, benötigt er eine disziplinierte Unterordnung seiner Bürger im Sinne einer Innen- / Außen-Codierung. Drinnen ist, wer sich normativ, moralisch-ethisch und kommunikativ disziplinieren lässt. Kurz gesagt: wer sich regieren lässt.

Wir graben tiefer. Die Kunst des Regierens oder das Gouvernement-Prinzip, wie wir es nennen, ist ein zentrales Thema in den Vorträgen von Michel Foucault. Seine historische Rekonstruktion beginnt im 16. Jahrhundert. Unter anderem zieht er das 1567 veröffentlichte Buch von Guillaume de La Perrière, *Le Miroir politique*, heran. Dort findet sich die Metapher des Schiffes. Ein Schiff zu lenken heißt, »Verantwortung zu übernehmen für die Seeleute, aber es heißt zugleich auch, Verantwortung zu übernehmen für das Schiff und für die Ladung; ein Schiff zu lenken heißt auch, auf die Winde und die Klippen, die Stürme und die Flauten zu achten; es bedeutet, einen Zusammenhang herzustellen zwischen den Seeleuten, die man am Leben erhalten, dem Schiff, das man bewahren, und der Ladung, die man in den Hafen bringen muss, und deren Beziehungen wiederum zu all jenen Ereignissen wie den Winden, den Klippen und den Unwettern; dieser hergestellte Zusammenhang charakterisiert die Lenkung (gouvernement) eines Schiffes.« Regieren hat demzufolge eine Zweckbestimmung, die jenseits von machiavellischem Territoriums- und fürstlichem Machterhalt liegt. Und die auch noch jenseits der Unterwerfung unter das Gesetzesrecht eines Souveräns à la Hobbes liegt. Man könnte sagen: Regieren ist die Summe aller taktischen Mittel »zum Erreichen der Ziele« oder »zur Erfüllung der Wünsche« seiner Bürger: Reichtum, Glück, Überleben, Sicherheit.

Vergleichbar ist dieser Regierende mit einem Familienvater, der als Erster aufsteht und als Letzter zu Bett geht, der im Dienst der Familie über allem wacht. Übrigens auch ein Bild, das man bei La Perrière findet. Er fügt hinzu: »Jeder Regent über ein Königreich oder eine Republik muss notwendig Geduld, Weisheit und Beflissenheit in sich haben.«

Und ergänzt es mit der Metapher der Hummel, »die über den Bienenkorb regiert, ohne dafür einen Stachel zu benötigen«.

Dieser zarte Begriffsflaum fürsorglicher Regierungskunst wird in den historischen Wirren der großen Kriege des 17. Jahrhunderts, einhergehend mit permanenten Finanz- und Versorgungskrisen, und mit der Konsequenz des hobbesschen Leviathans abrasiert. Die darauffolgende semantische Koppelung von Souveränität und Macht installiert eine politische Gerechtigkeitskonzeption mit Oben- / Unten-Codierung. Ziel ist, die Macht des Souveräns mithilfe von Gesetzen und Verordnungen zu garantieren. Erst mit der ökonomischen und wissenschaftlichen Ausdifferenzierung der Gesellschaft im 18. Jahrhundert wird diese Blockade, so Foucault, wieder gelöst. Es ist die Geburtsstunde der politischen Ökonomie.

»Vom Staat wird jetzt verlangt, dass er für eine lebenswerte Ordnung in seinem Staatsgebiet sorgt«, schreibt Luhmann und verweist darauf, dass »die liberale Freigabe ökonomischen Handelns zum laufenden Anlass von korrektiven und kompensierenden Maßnahmen des Staates« wird, »zunächst im Hinblick auf Verteilungsungerechtigkeiten, dann mehr und mehr auch und vor allem im Hinblick auf Rahmenbedingungen des Funktionierens der Wirtschaft selbst«.

Foucault führt hier den Begriff der Gouvernamentalität ein. Er meint damit dreierlei: erstens eine neue Beziehungsqualität zwischen Regierenden und Regierten im Schatten politischer Ökonomie, steigender Bevölkerung und der wachsenden Sicherheitsbedürfnisse ökonomischer Marktteilnehmer, zweitens die Regierungsformen und ihre Macht- und Disziplinierungsapparate sowie drittens die historische Staatsentwicklung in Europa bis hin zum Verwaltungsstaat des 20. Jahrhunderts. Diese Entwicklung eines liberalen Gouvernements verhilft der Wirtschaft zu einem ungeahnten Aufstieg und verändert immer deutlicher die Herrschaftsräume der Politik. Sie kulminiert in dem berühmten Satz Ludwig Erhards aus dem Jahre 1948: »Man muss die Wirtschaft von staatlichen Einschränkungen befreien.«

## Aktionsfläche 6: Ungestört Geschäfte machen

Wir nähern uns gegenwärtiger Unordnung. Die liberale Gouvernemen-talität vergrößert die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen, der eingebettet in eine staatsfürsorgliche Leitplankenarchitektur sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. »Die Regierung in ihrer neuen Ordnung ist im Grunde etwas, das sich nicht mehr auf die Untertanen und auf die diesen Untertanen unterstehenden Dinge auszuwirken hat«, schreibt Foucault und meint damit nichts anderes, als dass der Nutzwert des Regierens fürderhin darin besteht, dass die Regierung als fürsorglicher Hirte den einzelnen Wirtschaftsbürgern zu dienen hat, damit diese in Ruhe und sicher ihren Geschäften nachgehen können.

Der Staat wird im Gouvernement-Prinzip zur Regierung einer liberalwirtschaftlich orientierten Bevölkerung als Gegenentwurf zur neuzeitlichen Souveränität. »Man müsse sich freimachen vom Modell des Leviathans. Es sei an der Zeit, in der politischen Theorie dem König der Souveränität den Kopf abzuschlagen,« schreibt Foucault.

Das Gouvernement-Prinzip installiert feinsemantisch den Begriff der Fürsorge als staatliche Leitaufgabe. Zunächst als Architekt und Bau-meister stabiler Leitplanken für die Wirtschaftsbürger liberaler Prä-gung. Es reanimiert damit Regierungslehren aus dem 16. Jahrhundert, die mit den Metaphern Schiff, Familienvater und Hummel das Prinzip der Daseinsfürsorge vorweggenommen hatten. Der Hegemonialkampf um staatsouveräne Macht und Gewalt gegenüber dem Einzelnen weicht einem liberalen Wirtschaftsverständnis mit eingebauter Gerechtigkeits-programmatik.

Er weicht aber nicht nur einem liberalen Wirtschaftsverständnis, sondern auch einer neuen Selbstbeschreibung des politischen Systems. Von der Souveränität zur Demokratie. Niklas Luhmann interpretiert den Wechsel von der Monarchie zur Republik in der Französischen Revolution als diesbezüglich weiteren Ausdifferenzierungsschritt »ei-nes eigenständigen ... auf Selbstorganisation angewiesenen politischen Systems. Dass man Ersatz für den (Körper) des Monarchen finden

musste, brachte die Probleme der Selbstorganisation des Politischen auf den Tisch.« Im Begriff der Volkssouveränität wurden aus Untertanen plötzlich Herrschende, die ein politisches System begründen, dessen Entscheidungen sie sich unterzuordnen haben.

Demokratie bedeutet, dass das Volk selbst herrscht. Dieses Paradoxon der Demokratie hat Luhmann das »Sich-selbst-zugleich-Befehlen-und-Gehorchen« genannt. Im Begriff Volk verschmilzt das Gleichzeitigkeitsparadoxon von Befehl und Gehorsam zu einem Gesamtwillen, unter dessen Schirm die vielen als Individuen gerechtigkeits-theoretisch miteinander kommunizieren. Das Volk wird nur noch, so Luhmann, als »Einheitsformel für wechselnde Differenzen benötigt«. Es ist ein Konstrukt, um politisch Geschlossenheit zu erzeugen.

## Conclusio

Und so kehren wir zurück zur Ausgangsfrage: »Warum lehnt sich keiner auf?« Eine mögliche Antwort schimmert aus den beschriebenen Konfliktzonen herüber: Weil keiner mehr eine alle verbindende Protesterzählung und übergreifende Widerstandsofferte anbieten kann. In der Aufklärung der Moderne (18. und 19. Jahrhundert) wollte man ans helle Licht der Vernunft, um aus der Unmündigkeit des Nichtwissens herauszukommen. In der Zerstörung der Moderne (20. Jahrhundert) paradoxiert sich politische Macht in Gewalt und Gegengewalt. In der Nachmoderne (21. Jahrhundert) zerfasern Vernunft und Nichtwissen in ein »geistiges Abenteuer, das keine Grenzen kennt und keine Regeln gelten lässt, nicht einmal die der Logik«, wie es der Wissenschaftsphilosoph Paul Feyerabend einst auf den Punkt brachte. Wissenschaft sei vielmehr, so Feyerabend, »laut, frech und teuer«. Vorhang auf für alle beliebigen Konstruktionen von Wirklichkeit.

Kein Wunder, dass alle möglichen Menschen heute im freien Spiel unterschiedlicher Wirksamkeiten mitwirken wollen. Die beschriebenen Aktionsflächen bieten mannigfache und beliebige Vernetzungs-

und Andockpunkte. Das entlastet erstens eigene Unzulänglichkeit, und anstrengen muss man sich zweitens auch nicht mehr. Man formuliert einfach seine Auf- und Entgleisungen und suhlt sich dann im eigenen Meinungsfond. Irgendwer stimmt immer zu.

Aktueller Rundblick: Der deutsche Bahnangestellte will einfach nur mehr Geld, mehr Urlaub und seine Ruhe. Der Rechtsradikale verrührt sein So-sein mit Elitenkritik («die da oben, wir da unten») sowie einer Prise Staats- und Demokratiefindlichkeit und einem Spritzer Einfach-gegen-alles-sein. Der französische Postmigrant pflegt eine grundsätzliche Staatsfeindlichkeit im Ghetto der Alleingelassenen und stößt das Tor zur Anarchie auf, wenn der Staat toxisch gewalttätig wird. Auf der Heizungsdemo kollaborieren Spitzenpolitiker mit Spitzenidioten und reklamieren die letzte Wahrheit im Untergangsbingo für sich. AfD-Wähler können als Brüder und Schwester dem Geiste ihrer menschenverachtenden Fremdenfeindlichkeit frönen und vom großen Aufstand, zumindest von gramsciesken Tumulten träumen. Weltuntergang ist sowieso immer, wie asphaltklebende Klimaaktivisten gerade dem Rest der Welt nimmermüde zurufen.

Kein Wunder, dass sich vor allem in linken Zirkeln ein Gefühl der Unwirksamkeit breitmacht. Bernard-Henri Lévy etwa ist enttäuscht darüber, »was aus der Tradition der Volks- und Arbeiteraufstände geworden ist«. Er kritisiert die gegenwärtigen Aufstände, sie seien »ohne politisches Projekt, ohne Ziel« und sehnt sich zurück zu »den Barrikaden der *misérables*, den ›fusionierenden Gruppen‹ eines Jean-Paul Sartre oder dem ›klangvollen und schönen Wind‹, der 1927 bei der großen antifaschistischen Demonstration in Wien wehte«.

Sterbende Romantik eines alternden Starphilosophen. Es gibt indes kein vollständiges Zurück mehr in das Zeitalter der Dialektik mit aufklärerischen Synthesetunneln ins Licht. Die Perspektivenvielfalt der modernen Gesellschaft erzeugt Ablenkung, Überforderung und sucht vielerorts nur die Ausgrenzung der Andersdenkenden. Gleichzeitig stabilisiert sie weiterhin das soziale Zeitgespräch: »Um Geltungsansprüche beurteilen zu können, brauchen Menschen eine Vielzahl von

Perspektiven auf dieselben Sachverhalte, um zu begründeten Schlussfolgerungen darüber zu gelangen, was sie tatsächlich wissen und tun sollten«, schreibt der Philosoph Markus Gabriel in seinem neuen Buch *Auf dem Weg zu einer Neuen Aufklärung*. Und die Literaturwissenschaftlerin Angela Steidele beruhigt die Gemüter: »Wir kommen doch aus einer Zeit des Lichts. Die Aufklärung – sie hat ja noch kaum angefangen.« Aufklärungsromantik vielerorten.

Unumstritten ist indes, egal wieviel Aufklärung man der Gegenwart noch zutraut, dass aus der Perspektivendifferenz zahlreiche anschlusskommunikative Lianen im Medienschungel sprießen, mit denen man sich beispielsweise in die Echokammern simplifizierter Legitimations- und Gesprächsofferten schwingen kann (Aktionsflächen 1, 2, 3), dort womöglich bei Entscheidungen mehr aufs Bauchgefühl hören sollte (Aktionsflächen 1, 2, 6) oder mit denen man als Hofschranze ungestört dem kapitalistischen Paradies frönen kann (Aktionsflächen 1, 4, 5). Von den neuen Identitätsankern im rechten Milieu gar nicht zu sprechen (übernächster Absatz).

Die Ära gesellschaftlicher Eindeutigkeiten und Vereinheitlichung ist zu Ende. Das schafft Unübersichtlichkeit und Unvorhersehbarkeit. Was sich durchsetzt, kann im nächsten Moment scheitern. Was scheitert, kann sich im nächsten Moment durchsetzen. Die unterschiedlichen Perspektiven, so argumentiert Armin Nassehi, entspringen unterschiedlichen Welten. Es finde keine Kommunikation der Eindeutigkeit mehr statt, sondern die Welten entkoppeln sich. Die Gesellschaft lasse sich nur als eine Gesellschaft verstehen, »die vor allem mit der Inkommensurabilität ihrer Perspektiven umzugehen gelernt hat«. Dabei werden, so Nassehi, ihre kommunikativen Akte »systemrelativ codiert und indiziert«.

Was wiederum gefährliche Nebenfolgen hat: In ihren Blasen richten sich die Bürger im Gefühl neu erlebter Selbstwirksamkeit ein und klopfen sich selbstaufblühend auf die Brust. So bläst die AfD jeden Tag ins Horn eines neuen autoritären Nationalradikalismus. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer klärt auf: »Das Autoritäre zeigt sich in der Betonung



eines gesellschaftlichen Ordnungsmodells mit klaren Hierarchien, der Begrenzung vielfältiger Lebensformen und in dichotomischen Weltbildern, das Eigene gegen das Fremde ... Das Deutschsein wird zum zentralen Identitätsanker.« Hinter der Fassade bürgerlicher Respektabilität werde ein Jargon der Verachtung gepflegt, resümiert Heitmeyer. Und in der Tat: Abgrenzung, Ausgrenzung suggerieren Eindeutigkeit. Und in der Echokammer eines autoritären Nationalradikalismus findet lautlos eine Verdeppung der Gesellschaft statt.

Wenigstens der Kanzler hält die Fahne des hellen Lichts hoch (Achtung: Polemik) und widersetzt sich präzisionslos der Inkontinenz letzter Wahrheiten: Er befände sich permanent mit seinen Partnern im Gespräch und man würde weiter intensiv nach einer gemeinsamen Lösung suchen. So leicht abgewandelt sein Mantra. Sing-Sang-so. Da fällt uns aufklärungsphilosophisch und textlich ebenfalls etwas abgewandelt ein alter Schlager von Reinhard Mey ein: »Gute Nacht, Olaf, es wird Zeit für uns zu geh'n. Was wir noch zu sagen hätt'n, dauert viele Zigarett'n und manch letztes Glas im Steh'n!«